

Sonderdruck aus:

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 115/XXXIII

**Studien zur Entwicklung
der ökonomischen Theorie XXXIII**

Von

**Ivan Boldyrev, Volker Caspari,
Alexander Ebner, Toni Pierenkemper, Birger P. Priddat,
Gerhard Wegner, Joachim Zweynert**

**Herausgegeben von
Volker Caspari**



Duncker & Humblot · Berlin 2018

Inhalt

Die Zeit der Institutionen. Geschichte und Theoriegeschichte der Institutionenökonomie Von <i>Birger P. Priddat</i> , Witten/Herdecke	11
Neueste Institutionenökonomik und neue Brücken zwischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Von <i>Joachim Zweynert</i> , Witten/Herdecke und <i>Ivan Boldyrev</i> , Nijmegen ...	43
Institutionenökonomische Narrative für die Entstehung des Kapitalismus – eine konstruktive Kritik und das Beispiel Preußens Von <i>Gerhard Wegner</i> , Erfurt	59
Warum Nationen scheitern – Acemoglus Anwendung der Institutionenökonomik auf die Wachstums- und Entwicklungsforschung Von <i>Volker Caspari</i> , Darmstadt	89
Zwischen Interesse und Kognition: Der konzeptionelle Wandel kultureller Faktoren in Douglass Norths Theorie wirtschaftlicher Entwicklung Von <i>Alexander Ebner</i> , Frankfurt am Main	115
Gregory King (1648–1712). Buchillustrator und Sozialstatistiker. Zur Geschichte von Wirtschaftsstatistik und National Accounting Von <i>Toni Pierenkemper</i> , Münster	137

Zwischen Interesse und Kognition: Der konzeptionelle Wandel kultureller Faktoren in Douglass Norths Theorie wirtschaftlicher Entwicklung

Von *Alexander Ebner*, Frankfurt am Main

Einleitung

Douglass North gehört zu den maßgeblichen Theoretikern der Institutionenökonomik wie auch des neuen Institutionalismus in den Sozialwissenschaften insgesamt. Von einer eigentumsrechtlichen Position ausgehend hat sein Transaktionskostenansatz zur Theorie wirtschaftlicher Entwicklung die Forschungsagenda des sozialwissenschaftlichen Institutionalismus seit den 1970er Jahren nachhaltig beeinflusst. In dieser Theorie wird die politische Ökonomie wirtschaftlicher Entwicklung als konfliktbehafteter Austauschprozess zwischen Staat und Privatsektor modelliert. Der Staatsapparat nutzt komparative Vorteile bei der Gewaltausübung zur Durchsetzung privater Eigentumsrechte. Im Gegenzug besteuert er die Erträge aus dem sich entfaltenden arbeitsteiligen Marktsystem, um eigene Ausgaben zu finanzieren. Die transaktionskostensenkende Stabilisierung dieses Austauschverhältnisses wird durch verhaltensprägende Ideologien gewährleistet, die primär die Interessen der herrschenden Akteure reflektieren. Die historische Persistenz institutioneller Ineffizienz und daraus resultierender wirtschaftlicher Stagnation lässt sich demnach aus den ideologischen Einflüssen dominanter Interessengruppen ableiten, die sich im Zeitablauf zu kulturellen Wertvorstellungen verdichten. Kultur erscheint hier als historisch tradierte, sozial konstruierte Variable.

Diese interessenorientierte Sichtweise auf kulturell gerahmte institutionelle Interdependenzen zwischen politischen und wirtschaftlichen Systemen hat North im Laufe der 1980er Jahre sukzessive um eine kognitive Perspektive in der Mikrofundierung individuellen Akteurshandelns erweitert. In diesem Zusammenhang hat sich der Northsche Kulturbegriff für verhaltens- und evolutionsökonomische Konzepte geöffnet. Bezüge zur kognitiven Dimension wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit dienen dabei als Richtschnur zur Analyse der kulturellen Determinanten wirtschaftlichen Verhaltens, das sich auf subjektive Wahrnehmungen, Erfahrungen und Lernprozesse zurückführen lässt. In Auseinandersetzung mit Hayeks Theorie der kulturellen Evolution

und deren Fokus auf nicht-intendierten institutionellen Wandel in einer spontanen Ordnung betont North zudem die absichtsvolle Strukturierung sozialer Interaktionen als Objekt historischer Pfadabhängigkeit. Insofern filtern die aus kognitiven Prozessen resultierenden Ideologien und die entsprechenden kulturellen Wertesysteme grundsätzlich die Handlungsoptionen wirtschaftlicher Akteure. Auch staatliches Regelungsverhalten und dessen gesellschaftliche Akzeptanz wird von solchen Kognitionsschemen getragen, die letztlich dafür verantwortlich gemacht werden, ob einzelnen Volkswirtschaften die adaptiv effiziente Bewältigung wirtschaftlicher Entwicklung gelingt.

Im Hinblick auf die Ideengeschichte der Institutionenökonomik stellt sich die Frage, inwiefern diese konzeptionelle Wende von einem interessen- und konflikttheoretischen Ideologie- und Kulturkonzept zugunsten einer kognitions- und lerntheoretischen Sichtweise als Ausdruck einer allgemeinen Renaissance kultureller Perspektiven in der Institutionenökonomik zu werten ist. Zugleich stellt sich die Frage, ob diese Umorientierung möglicherweise institutionenökonomische Fragestellungen und Erklärungsangebote verdrängt hat, die auch für eine kulturell aufgeklärte Institutionenökonomik analytisch bedeutsam gewesen wären. Um diesen Fragen nachzugehen, ist der folgende Text in drei Abschnitte gegliedert. Zunächst wird Norths interessentheoretisch fundierte Theorie wirtschaftlicher Entwicklung rekonstruiert. Das Verhältnis von Eigentumsrechten, Transaktionskosten und interessen geleiteter Ideologie steht im Mittelpunkt dieses Ansatzes, der gesellschaftliche Machtverhältnisse als maßgebliche Erklärung für die Persistenz ineffizienter institutioneller Regime und ihrer rechtlichen wie ideologischen Substanz identifiziert. Der zweite Abschnitt rekonstruiert Norths Wende in Richtung verhaltens- und evolutionsökonomischer Ansätze, in denen die kognitive Formung individuellen und kollektiven Handelns mit Überlegungen zur historischen Pfadabhängigkeit institutioneller Evolution verbunden wird. Kognitiv-kulturelle Prägungen dienen demnach als Erklärungsansatz divergierender wirtschaftlicher Entwicklungspfade von Ländern und Zivilisationen. Im dritten Abschnitt wird diese Theorieentwicklung ideengeschichtlich kontextualisiert. Dabei wird gefolgert, dass Norths „kognitive Wende“ zwar eine Öffnung für kulturelle Motive eröffnet hat, dabei aber zugleich auch eine Verengung analytischer Perspektiven impliziert, die den Zugang zum Verständnis der interessen geleiteten Substanz von Institutionen, Ideologien und Kulturen erschwert. So wird abschließend gefolgert, dass die Reintegration interessenorientierter Ansätze für eine an der Northschen Theorie wirtschaftlicher Entwicklung orientierte Renaissance kultureller Perspektiven in der Institutionenökonomik unverzichtbar wäre; sie würde zugleich auch die Öffnung zu verwandten Strömungen des neuen Institutionalismus in den Sozialwissenschaften unterstützen.

I. Transaktionskosten, Eigentumsrechte und Ideologie in Norths Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Beschäftigung mit dem Problem institutioneller Effizienz gehört zu den Schlüsselthemen in Norths Theorie wirtschaftlicher Entwicklung. Diese Thematik prägt bereits Norths frühe Beiträge zu einer historischen Perspektive auf den Property Rights-Ansatz, der die Anreiz- und Allokationswirkung effizienter Eigentumsrechte als Voraussetzung erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung identifiziert. In diesem Sinne wird die weltgeschichtliche Pionierleistung des okzidentalen Kapitalismus aus dem Zusammenspiel effizienter Institutionen, innovativer Technologien und dynamischen Marktwettbewerbs hergeleitet (*North/Thomas 1973*, S. 1–3). Mit dem aus diesen Bemühungen resultierenden Transaktionskostenansatz zur Theorie wirtschaftlicher Entwicklung schafft North einen argumentativen Rahmen, der es in der Folge erlaubt, die Effizienzannahme bei der Einrichtung und Durchsetzung von Eigentumsrechten sukzessive zugunsten einer differenzierten Sichtweise auf institutionellen Wandel aufzugeben. Auf diese Weise werden historische Befunde zu institutioneller Ineffizienz als Standardproblem wirtschaftlicher Entwicklung ausgemacht. Dabei kommt dem Staat eine Schlüsselrolle bei der Verursachung wie auch bei der Lösung dieses Effizienzproblems institutionellen Wandels zu (*North 1981*, S. 20). Diese Paradoxie steht im Einklang mit den Charakteristika wirtschaftlicher und politischer Organisationen im Allgemeinen. Organisationen sind dazu gedacht, den Wohlstand ihrer Prinzipale zu maximieren. Dies ist aber nur möglich, wenn das auf asymmetrischen Informationen beruhende Prinzipal-Agenten-Verhältnis in Regeln und Normen eingebunden ist, die dazu geeignet sind, abweichende individuelle Maximierungsstrategien der Agenten zu beschränken. Solche Beschränkungen, die im politischen System etwa als Verfassungsregeln oder Gesetze erscheinen, benötigen zugleich spezifische Mechanismen der Regel- und Normenbefolgung. An diesem Punkt kommt das kulturell verankerte Konzept der Ideologie zum Tragen: es wirkt als Beschränkung strategischer Maximierungskalküle. Indem ideologische Wertvorstellungen als Verhaltensnormen wirken, können sie die Einhaltung transaktionsrelevanter Vereinbarungen unterstützen. Dadurch spielen sie eine zentrale Rolle für die gesamtwirtschaftliche Minderung von Transaktionskosten (*North 1981*, S. 18–19).

Diese potentiell effizienzsteigernde Rolle von Ideologien wird durch konkrete gesellschaftliche Interessenlagen geformt, die auch die Struktur von Eigentumsrechten und anderen institutionellen Komponenten wirtschaftlicher Entwicklung prägen. Die Anerkennung des interessenbasierten Charakters von Institutionen verweist auf die Herausbildung institutioneller Arrangements auf der Grundlage der strategischen Interessen maßgeblicher gesellschaftlicher Akteure. North formuliert diesen Zusammenhang folgenderma-

ßen: „Institutions are a set of rules, compliance procedures, and moral and ethical behavioral norms designed to constrain the behaviour of individuals in the interest of maximizing the wealth or utility of principals“ (North 1981, S. 201–202). So sind Eigentumsrechte keinesfalls kostenminimierende Komponenten effizienter Marktarrangements, sondern vielmehr Gegenstand der Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die diverse Interessenkonflikte austragen (North 1981, S. 17–18). Die Gestaltung von Eigentumsrechten ist demnach in erster Linie Ausdruck der Interessenlage herrschender Eliten, wobei die Senkung von Transaktionskosten im Rahmen dieser Eigentumsrechte für diese Eliten nur von sekundärer Bedeutung ist (North 1981, S. 106). Allerdings bleibt die Herausbildung effizienter Eigentumsrechte, die dazu geeignet sind, sowohl die Renteninteressen der herrschenden Eliten wie auch die Einkommens- und gesamtwirtschaftlichen Wachstumsinteressen zu befriedigen, ein historischer Sonderfall. Die institutionelle Evolution effizienter Eigentumsrechte und entsprechender ideologischer Legitimationsmuster ist daher für North das maßgebliche Explanandum einer historischen Theorie wirtschaftlicher Entwicklung (North 1981, S. 24–25). Tatsächlich gilt diese Wendung der historisch vergleichenden Institutionenanalyse hin zur expliziten Berücksichtigung von Ineffizienz und Ideologie als maßgeblicher Bruch mit der neoklassischen Wirtschaftstheorie, die North in früheren Arbeiten als Pfeiler einer kliometrisch operierenden Wirtschaftsgeschichte angeführt hatte (Ménard/Shirley 2014, S. 20).

In diesem Sinne skizziert North eine eigenständige institutionenökonomische Forschungsagenda, die neben dem Anreizcharakter von Eigentumsrechten und ihrer staatlichen Durchsetzung auch die handlungsprägende Rolle von Ideologien thematisiert. Im Anschluss an Herbert Simons behavioristischen Ansatz wird Ideologie konkret als Interpretationsmodus subjektiv wahrgenommener Realität aufgefasst – wobei auch die Rolle organisierter Ideologien im Sinne interessengeleiteter, kollektiv integrierter Deutungsmuster berücksichtigt wird (Simon 1986, S. 209–210). North überträgt Simons Schema in das Vokabular des Transaktionskostenansatzes wenn er Ideologie als eine deutende Konstruktion empirischer Realität interpretiert, die dazu geeignet ist, Transaktionskosten zu senken, und dabei intersubjektive Werthaltungen zu ethischen Fragen sozialer Gerechtigkeit und Fairness reflektiert (North 1981, S. 204–205). Rationales Handeln in wirtschaftlichen wie politischen Kontexten wird von solchen ideologischen Schemen beschränkt. Diese Sichtweise widerspricht neoklassischen Vorstellungen von der individuellen Nutzenmaximierung im Rahmen effizienter Institutionen (North 1981, S. 7–8). Dabei liegt für North die analytische Betonung zunächst auf der unzureichenden Gültigkeit neoklassischer Modelle rationaler Wahlhandlungen in nicht-marktlichen Entscheidungssituationen, da in solchen Situationen der Einfluss ideologischer Faktoren besonders bedeutsam sei (North 1981,

S. 21). An diesem Punkt rückt die Legitimation institutioneller Ordnungen in den Vordergrund. Ideologien sind maßgeblich für die Organisation kollektiven Handelns verantwortlich, was wiederum die Möglichkeit des institutionellen Wandels beinhaltet. Die Kosten der Aufrechterhaltung einer institutionellen Ordnung sind demnach eng mit den vorherrschenden Legitimationsmustern dieser Ordnung verknüpft (North 1981, S. 53–54). Die resultierende Kausalkette stellt sich folgendermaßen dar: je höher das Ausmaß der arbeitsteiligen Differenzierung und Spezialisierung einer Gesellschaft, desto höher das Niveau der Transaktionskosten – und damit auch der sozialen Kosten, die zu tragen sind, um adäquate ideologische Muster ethisch-moralisch bedingter Kooperationsneigung einzurichten und aufrechtzuerhalten (North 1981, S. 56).

Diese ideologische Formung erklärt insbesondere auch jene Phänomene kollektiven Handelns, deren Zustandekommen bei Mancur Olson über die historische Überwindung ideologischer Konflikte und den rational fassbaren Einfluss selektiver Anreize erklärt wird, denn anders als Olson fasst North ideologische Einflüsse als mögliche Argumente bei der Lösung des Kooperationsproblems in der Erstellung von Kollektivgütern auf (North 1981, S. 57–58). Das Olsonsche Paradox des individuell rationalen Trittbrettfahrens bei der Kollektivgüterproduktion lässt sich demnach dadurch auflösen, dass die entsprechenden individuellen Nutzenfunktionen so komplex modelliert werden, dass Trittbrettfahren und andere Formen opportunistischen Verhaltens nur einen Teilbereich empirisch reichhaltiger Verhaltensmuster abbilden, zu denen ebenso der Einfluss sittlicher Vorstellungen und ethischer Kodes gehört. Diese sittlich-moralischen Verhaltensprägungen sind insofern sozial konstruiert, als dass sie in familiären Sozialisationsprozessen, aber auch über Bildungseinrichtungen und religiöse Apparate vermittelt werden. Ohne diese gesellschaftliche Vermittlung von kooperationsfördernden Verhaltensmustern kann kein komplexes, marktbasierendes Wirtschaftssystem funktionieren (North 1981, S. 46–47). Aus diesem Grund distanziert sich North auch von Oliver E. Williamson's Transaktionskostentheorie der Unternehmung, welche die beschränkte Rationalität von Akteuren vor allem über das Ausmaß des individuellen Opportunismus abbildet. Dieselbe Distanz besteht auch zu Gordon Tullocks Ansatz des Rent Seeking, der ebenfalls auf einem analytisch reduzierten Verhaltensmodell aufbaut (North 1981, S. 203). In Ergänzung transaktionskostentheoretischer Überlegungen soll folglich eine wissenssoziologisch flankierte Theorie der Ideologie zum Verständnis kooperativer Austauschbeziehungen und kollektiven Handelns beitragen (North 1981, S. 47).

Dementsprechend bilden die institutionellen Bedingungen der Evolution kooperativer politisch-ökonomischer Austauschbeziehungen, die auch altruistische Regelbefolgung und andere ideologiebedingte Verhaltensformen jen-

seits des unmittelbaren Eigeninteresses umfassen, den historisch-empirischen Kern der Northschen Forschungsagenda (North 1981, S. 10–12). Ein paradigmatischer Fall ist die Geschichte der industriellen Revolution. Sie war North zufolge – ganz im Smithschen Sinne – durch die Ausdehnung von Marktbeziehungen und die Vertiefung der arbeitsteiligen Spezialisierung bedingt, was durch die Verlängerung der Produktions- und Absatzwege wiederum zur Anhebung der Transaktionskosten führte. Ein weiterer Effekt der Spezialisierungs- und Differenzierungsprozesse war die Zunahme ideologischer Diversität, die maßgeblich zur zeitgenössischen Problematik sozialer Fragmentierung und politischer Instabilität beitrug (North 1981, S. 66–67). Die institutionelle Lösung dieser Problematik ist North zufolge im potentiell stabilisierenden Beitrag hegemonialer ideologischer Leitbilder zu suchen. Transaktionskostensenkende Wertvorstellungen wie die erwerbsorientierte Berufs- und Arbeitsethik sowie verwandte Praktiken vertrauensbasierten integren Geschäftsgebarens haben sich bei der historischen Herausbildung von Marktsystemen als unverzichtbar erwiesen. Die Schwächung jener institutionellen Strukturen, welche diese kooperations- und austauschfördernden Wertvorstellungen vermitteln, kann sich als entscheidendes Hemmnis wirtschaftlicher Entwicklung erweisen. Auch hierfür bietet die industrielle Revolution ein passendes Beispiel, etwa auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation. North zufolge führte die Industrialisierung zum Zusammenbruch traditionaler Bindungen und ihren ideologischen Begründungen. Die neuen marktbasieren Arbeitsbeziehungen gingen wegen des eigeninteressierten und zugleich opportunistischen Verhaltens der Arbeitskräfte zunächst mit exorbitant hohen Transaktionskosten einher. Das Fabrikssystem war erst durchsetzbar, als disziplinierende Maßnahmen und Investitionen in die Legitimation marktorientierter Betriebs- und Arbeitsformen eine Senkung der Transaktionskosten bewirkten. Die Diffusion der protestantischen Wirtschaftsethik und verwandter bürgerlicher Werthaltungen stand hierbei im Vordergrund (North 1981, S. 169–170).

Die Vermittlung solcher integrativen Ideologien, die sich insbesondere durch die Legitimierung bestehender Eigentumsrechte stabilisierend auf das politisch-ökonomische Gefüge auswirken, ist allerdings durch den anhaltenden technologischen und strukturellen Wandel in modernen Marktsystemen beschränkt. Die Kosten der Beibehaltung eines ideologischen Konsenses sind von der Stabilität der relativen Preise abhängig: deren Veränderung kann Verteilungskonflikte stimulieren, welche die Legitimationsgrundlagen der bestehenden institutionellen Ordnung untergraben und so Raum für ideologischen Wandel als Voraussetzung eines neuen, stabilen Wertekonsenses schaffen, der von „ideologischen Unternehmern“ betrieben wird (North 1981, S. 64–65). Tatsächlich behandelt North diese Aspekte analog zu Thomas Kuhns Theorie wissenschaftlicher Paradigmenwechsel, die davon ausgeht,

dass wissenschaftliches Wissen im Rahmen spezifischer Interpretationsmodelle zur Problemidentifizierung und -lösung evolviert. Aus der kollektiven Deutung persistenter Anomalien ergibt sich dann ein potentieller Paradigmenwechsel (Kuhn 1970, S. 10). Dementsprechend interpretiert North das Konzept der Ideologie als potentiell kostensparenden institutionellen Mechanismus, der durch die Vermittlung einer rationalisierenden Weltsicht mit entsprechenden sittlich-ethischen Werturteilen zur Vereinfachung von Entscheidungssituationen wie auch grundsätzlich zur Legitimation einer bestehenden Ordnung von Eigentumsrechten beiträgt. Ideologischer Wandel vollzieht sich dann als Wechsel ideologischer Paradigmen (North 1981, S. 49). An diesem Punkt erweisen sich individuelle und kollektive Erfahrungen der Akteure als entscheidend. „Intellektuelle Unternehmer“ treiben den ideologischen Wandel an, indem sie neue ideologische Interpretationsmuster und Weltbilder anbieten, die möglicherweise den unterschiedlichen lokalen und sozialen Erfahrungen besser entsprechen – die Marxsche Vorstellung vom Klassenbewusstsein inbegriffen (North 1981, S. 51).

Der ideologische Wandel bleibt jedoch politisch umkämpft. Konsensideologien, die in ähnlichen Erfahrungen wurzeln, dienen mit ihren Verhaltensnormen oftmals als Substitute für formale Regeln und Prozeduren der Regelbefolgung. Die Formierung divergenter Ideologien entspricht der Differenzierung individueller und kollektiver Erfahrungswerte. Diese ideologische Divergenz kann dazu führen, dass sich eine herrschende Elite für stabilisierende Investitionen in die Legitimation der etablierten Institutionen einsetzt, um auf diese Weise die Kosten der Regelbefolgung während einer ideologischen Legitimationskrise zu vermindern (North 1981, S. 205). Diese strategischen Interessen können eine Weiterführung ineffizienter institutioneller Zusammenhänge bewirken – ein Phänomen, das vor allem für politische Strukturen im Kontext nichtmarktlicher Entscheidungssituationen relevant ist. Diese Form institutioneller Ineffizienz spiegelt sich dann auch im Einfluss diverser Ideologien, in denen sich die jeweiligen Erfahrungs- und Deutungsmuster von Individuen, Gruppen und Klassen manifestieren (North 1981, S. 6–7). Aus den ideologischen Differenzierungen lässt sich schließlich ein gradueller Modus ideologischen Wandels ableiten, der die radikaleren unternehmerisch angetriebenen Paradigmenwechsel ergänzt. Diese ideologischen Differenzen reflektieren spezifische Umwelteinflüsse. Sie resultieren aus der historisch verwurzelten anthropologischen Erfahrungsvielfalt sozialer Gruppen, die in bestimmten geographischen Räumen siedeln und von den dortigen Umweltbedingungen geprägt werden, die dann letztlich auch die institutionelle Evolution von Sprachen, Religionen, Sitten und Traditionen formen (North 1981, S. 209). Mit dieser Perspektive bereitet North eine Akzentverschiebung vor, in der die von konkreten Interessen geformte soziale Konstruktion von Ideologien als Mittel der Transaktionskostenreduktion zuneh-

mend von einer Perspektive ergänzt wird, in der Ideologien als Ausdruck der individuellen und kollektiven Erfahrungen unter bestimmten sozialräumlichen und ökologischen Umweltbedingungen aufgefasst werden. In der folgenden „kognitiven Wende“ der Northschen Theorie wirtschaftlicher Entwicklung tritt demnach die subjektive Dimension von Kognition und Lernen in den Vordergrund, während das Konzept der Ideologie in einen neuen Zusammenhang aus mentalen Modellen und deren kultureller Manifestation überführt wird.

II. Die kognitive Wende in Norths Theorie wirtschaftlicher Entwicklung: Von der Ideologie zur Kultur

North hat seine Theorie wirtschaftlicher Entwicklung seit den späten 1980er Jahren immer weiter für evolutionsökonomische Konzepte geöffnet. Auf der theoretischen Ebene geht es zunächst darum, spieltheoretische Überlegungen zu Fragen innergesellschaftlicher Kooperation explizit abzubilden. Ökonomische und politische Handlungsfelder werden dabei als integrierte gesellschaftliche Teilsysteme behandelt, die sich über eine inhärente Logik des strategischen Austauschs analysieren lassen. Diese Perspektive spiegelt sich in Norths einflussreicher Definition von Institutionen als Regeln und Normen sozialer Interaktion: „Institutions are the rules of the game in a society or, more formally, are the humanly devised constraints that shape human interaction. In consequence, they structure incentives in human exchange, whether political, social, or economic“ (North 1990a, S. 3). Das dieser Sichtweise zugrunde liegende Bedürfnis nach einer handlungstheoretischen Fundierung der Transaktionskostentheorie wird mit evolutionären Analysen institutionellen Wandels gekoppelt (North 1990a, S. 27). Drei maßgebliche Komponenten der Northschen Theorie wirtschaftlicher Entwicklung werden dabei besonders betont: erstens, der evolutionäre Charakter wirtschaftlicher Entwicklung im Sinne der pfadabhängigen, irreversiblen und indeterminierten Qualität historischer Zeitabläufe; zweitens, die Subjektivität von Wahrnehmungen, Weltanschauungen und Werthaltungen als Grundlage institutionellen Wandels; drittens, der Einfluss von sozialen und natürlichen Umweltfaktoren für die Herausbildung kultureller Muster und Lernprozesse auf individueller wie kollektiver Ebene – im Sinne handlungsprägender Ideologien (North 1994, S. 381–383). Dabei wird die Rolle von Ideologien als Faktoren institutionellen Wandels betont. Sie stimulieren die Veränderung relativer Preise und Präferenzen, was zu technologischen Neuerungen und institutioneller Anpassung führen kann. Vice versa sind subjektive Werthaltungen durch erfahrungsbasiertes Lernen veränderbar, was impliziert, dass Veränderungen von relativen Preisen auch ideologischen Wandel antreiben können (North 1990a, S. 84–85, 138).

Diese analytische Akzentverschiebung zugunsten einer verhaltenswissenschaftlich fundierten Handlungstheorie greift das bisherige Interesse an den Zusammenhängen von institutionellen Ordnungsstrukturen, insbesondere Eigentumsrechten, und ideologischen Einflüssen auf, um es in Richtung subjektiver Kognition zu erweitern. In der subjektiven Interpretation der sozialen und natürlichen Umweltsituation dienen Ideologien dann als Grundlage kognitiver Filter und kommunikativer Kodierungen. Somit wird nun neben den formalen institutionellen Regeln der Bereich der informellen institutionellen Normen, Werte, und Konventionen in den Fokus gerückt. Ihre Ausprägungsformen leitet North aus subjektiv angeeigneten und in historischen Lernprozessen tradierten, kollektiv wirksamen Wissensbeständen und Wertvorstellungen her (North 1990a, S. 36). Kultur wird damit zu einem zentralen Argument in Norths behavioristisch-evolutionärer Theorie wirtschaftlicher Entwicklung: sie wird als historisch evolvierendes Ensemble von sozial übertragenem Wissen und Werten definiert. Kultur repräsentiert den intergenerationalen Transfer von Normen, Werten und Ideen, welche die lokalen Erfahrungen und Lernprozesse vergangener Generationen abbilden. Dieses kulturelle Gefüge dient als kognitiver Rahmen zur intersubjektiv nachvollziehbaren Kommunikation und Interpretation von Informationen. Insofern sind die individuellen wie kollektiven Erfahrungen und Lernprozesse immer auch von konkreten kulturellen Vorgaben geprägt – während sich im Umkehrschluss die betreffenden Kulturen über solche Lernprozesse adaptiv ändern können (North 1990a, S. 37). Insofern bemüht sich North im Rückgriff auf Hayeksche Positionen um eine Theorie wirtschaftlicher Entwicklung, die zugleich auch als Theorie kultureller Evolution funktioniert (North 1994, S. 384).

Diese Perspektive ermöglicht eine Akzentuierung der Rolle ideologischer Faktoren im Sinne subjektiver Kognition, Interpretation und Kommunikation. North zufolge lassen sich Ideologien als intersubjektiv wirksame, „geteilte mentale Modelle“ fassen, das heißt, als Repräsentation kognitiver Systeme, die zum einen die subjektive Interpretation von Umweltinformationen auf der Grundlage von Erfahrungen in spezifischen physischen und sozialkulturellen Kontexten prägen, und zum anderen handlungsleitende normative Inhalte vermitteln. Die für den individuellen Akteur intern gefassten ideologischen Zusammenhänge werden von externen institutionellen Handlungsbeschränkungen ergänzt – also von den Regeln und Normen der vorherrschenden Institutionenordnung (Denzau/North 1994, S. 4). Im Rahmen dieser Institutionenordnung tragen intersubjektive Kommunikationsprozesse und der generationenübergreifende Wissenstransfer dazu bei, dass sich durch kulturelle Lernprozesse eine Konvergenz mentaler Modelle ergibt. Im Ergebnis bilden sich dann gesellschaftsweit relevante Glaubenssysteme wie Religionen und gemeinschaftsbildende Mythen heraus (Denzau/North 1994,

S. 14–15). Für den Prozess wirtschaftlicher Entwicklung dienen solche kollektiv wirksamen Normen und Werte als unverzichtbare Grundlage des Marktgeschehens, insbesondere indem sie ethische Codes vertragskonformen Verhaltens vermitteln und damit Transaktionskosten reduzieren (*Denzau/North* 1994, S. 20). Ideologische und kulturelle Zusammenhänge sind darüber hinaus auch an der glaubhaften Selbstverpflichtung des Staates zur Bindung an Rechts- und Verfassungsregeln beteiligt, insbesondere was die Garantie des Privateigentums betrifft – ein Schlüsselproblem wirtschaftlicher Entwicklung (*North/Weingast* 1989, S. 805–806; *North* 1993, S. 19–21).

Allerdings sind die unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten des pfadabhängigen Wandels formaler und informeller Institutionen für weitreichende Ineffizienzen verantwortlich. Informelle Institutionen wandeln sich im Rahmen kultureller Übertragungs- und Aneignungsmechanismen in der Regel deutlich langsamer als unmittelbar politisch-administrativ oder rechtlich gesetzte formale Institutionen (*North* 1990a, S. 87). Aus dieser Differenzierung folgen anhaltende Reibungen und Konflikte zwischen dem inkrementellen Wandel kultureller Normen und den sich potentiell rapide wandelnden formalen Regeln. Die historisch immer wieder diagnostizierte Erfolglosigkeit des Wandels formaler Regelsysteme in einer adversen sozial-kulturellen Umwelt liegt hier begründet (*North* 1990a, S. 44–45). Dieses Modell pfadabhängigen graduellen versus radikalen, pfadabhängigen Wandels spezifiziert North im Hinblick auf den Wandel von Ideologien. Analog zu früheren Überlegungen hinsichtlich des Kuhnschen Modells wissenschaftlicher Paradigmen können sich „normale Ideologien“ graduell verändern, während sich die paradigmatische Ersetzung von Ideologien über radikale Formen des Wandels abspielt – angetrieben von eigeninteressierten „ideologischen Unternehmern“. Ideologische Pfadabhängigkeit bedingt dann institutionelle Pfadabhängigkeit – und daraus resultiert die historische Persistenz suboptimaler Institutionenordnungen, denen es an adaptiver Effizienz mangelt. Diese institutionelle Ineffizienz kann wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft blockieren (*Denzau/North* 1994, S. 25–27).

Der konkrete Mechanismus einer solchen Verdauerung ineffizienter Institutionen wird an diesem Punkt weniger über soziale Interessenlagen, sondern stärker über die Problematik der kognitiven Selbstverstärkung herrschender Ideologien erklärt. Auch hier wird die Akzentverschiebung in Norths Sicht auf ideologische Faktoren deutlich: die stärker makro-orientierte Perspektive auf Ideologien als interessengeleitete Mechanismen zur Legitimation von Eigentumsrechten wird zunehmend durch eine mikro-orientierte Perspektive ersetzt, die sich auf subjektive Kognition und Lernprozesse im Rahmen der kulturellen Evolution konzentriert. North zufolge generieren Skalenerträge aus dem bestehenden institutionellen Gefüge sowie die entsprechenden Transaktionskosten eine Konstellation fragmentierter und unzureichend rück-

gekoppelter Informationsflüsse, die dazu beitragen, dass sich die von der vorherrschenden Ideologie geformten mentalen Modelle der beschränkt rationalen Akteure verstetigen (*North* 1990a, S. 95–99). Etablierte Pfade wirtschaftlicher Entwicklung, die sich vom Ergebnis her als institutionell ineffizient und ökonomisch leistungsschwach erweisen können, werden daher durch Netzwerkexternalitäten zwischen institutionellen Arrangements, aber auch durch die kontextspezifischen Lernprozesse der beteiligten Organisationen sowie durch die subjektiven mentalen Modelle beschränkt rationaler und unvollständig informierter Akteure geformt (*North* 1990a, S. 103–104). Angesichts der beschränkten Rationalität treten subjektive Ideologie und objektive Interessenlage auseinander: Ideologien formen zwar die normativen Präferenzen der Akteure, aber die daraus resultierenden Akteursstrategien müssen weder auf ökonomischen noch auf politischen Märkten allgemeinen Effizienzkriterien entsprechen (*North* 1990b, S. 363). So wird die Ausrichtung der entwicklungsrelevanten institutionellen Matrix aus formalen Regeln und informellen Normen weniger durch langfristiges Design, sondern in erster Linie durch irreversible historische Ereignisse und deren institutionelle Absorption beeinflusst, wobei diese institutionelle Anpassungsfähigkeit wiederum in hohem Maße von kulturellen Erfahrungen, Werten und Lernprozessen abhängt (*North* 1990a, S. 100). Die Herausbildung einer Institutionenordnung, die komplexe Marktbeziehungen fördert, erweist sich vor diesem Hintergrund als historischer Zufallsfund – und nicht als konstruierbares und beliebig replizierbares gesellschaftliches Design (*North* 1994, S. 385–386).

North fasst die diversen Stränge seiner Theorie wirtschaftlicher Entwicklung in der 2005 publizierten Monographie „Understanding the Process of Economic Change“ zusammen. Die kognitive Akzentsetzung wird hierbei durch eine weitergehende Akzentuierung kultureller Faktoren abgerundet. Ausgangspunkt dieses Unterfangens ist die Betonung absichtsvollen Handelns als maßgebliche Besonderheit der kulturellen Evolution von Gesellschaften gegenüber natürlichen Evolutionsprozessen. Generationenübergreifende Lernprozesse werden in der Form kultureller Symbole und Werte kollektiv vermittelt und prägen damit das kognitive Potential individueller Akteure. Aus deren kulturell verankerten Wertvorstellungen ergeben sich unterschiedliche Verhaltensweisen im Umgang mit materieller Knappheit – was den ökonomischen Kern der Entwicklungsproblematik darstellt. Der evolutionäre Gehalt dieser Perspektive wird mit dem Begriff der von neuerungsgetriebenem Wandel geprägten „nicht-ergodischen Welt“ zum Ausdruck gebracht (*North* 2005, S. 16). Damit ist eine Form nicht-kalkulierbaren, ungewissen Strukturwandels gemeint, der die Akteure radikaler Unsicherheit aussetzt. Grundsätzlich mindern Institutionen diese Unsicherheit, sie können sie aber temporär auch erhöhen, etwa wenn mit diesem Wandel eine institutionelle Änderung von Eigentumsrechten einhergeht – wie im historischen

Fall der Privatisierung von Allmendegütern. Grundsätzlich folgt aus dem nicht-ergodischen Charakter solcher Entwicklungsprozesse, dass der rationale Kern historischer Erfahrungen durch disruptive Neuerungen entwertet wird, während irrationale Glaubens- und Wertvorstellungen dauerhaft Gültigkeit beanspruchen können. Die diesen irrationalen Vorstellungen eigene Informations- und Wissensbeschränktheit führt dann zur entwicklungshemmenden Persistenz ineffizienter institutioneller Arrangements (*North 2005*, S. 21–22).

So kann die sich in kulturellen Mustern verdichtende Pfadabhängigkeit institutionellen Wandels den neuerungsgetriebenen Strukturwandel dauerhaft hemmen. Unterschiedliche kulturelle Potentiale zur Bewältigung von Neuerungen und Unsicherheit charakterisieren daher die Entwicklungskapazität ganzer Gesellschaften und Zivilisationen. Ausschlaggebend ist die Frage, inwiefern kulturelle Muster, die historisch auf der Bewältigung natürlicher Umweltbedingungen gründen, im Verlauf der sozialen Evolution zu kreativen Problemlösungen und adaptiver Effizienz im Rahmen gesellschaftlich zu gestaltender Umweltbedingungen herangeführt werden können (*North 2005*, S. 45). Im Hinblick auf die entsprechende Ausrichtung von Ideologien und Glaubenssystemen stellt sich dann die Frage nach dem Verhältnis von Konformität und Diversität. Hier weist North den Erziehungs- und Bildungsformen eine zentrale Rolle zu, denn sie fördern eine konvergente subjektive Wahrnehmung mit generationsübergreifender Wirksamkeit – und reduzieren dadurch Transaktionskosten (*North 2005*, S. 27). Andererseits steigert Konformität die sozialen Kosten institutionellen Wandels, da etwaige Abweichler als Träger von Neuerungen abgestraft werden (*North 2005*, S. 42). Für North folgt daraus: „Over time, the richer the cultural context in terms of providing multiple experimentation and creative competition, the more likely the successful survival of the society“ (*North 2005*, S. 36).

Norths Argumentation verweist zusammenfassend auf das Konzept des „kulturellen Gerüsts“ aus physischem Kapital und Humankapital. Zu ersterem gehören materielle Artefakte wie Werkzeuge, Instrumente und Techniken allgemein, die zur Umwelt- und Naturbeherrschung eingesetzt werden, während sich letzteres auf Wissen bezieht, das sich in Glaubens- und Wertvorstellungen sowie in institutionellen Komponenten wie Eigentumsrechten differenzieren lässt. Die Glaubenssysteme, zu denen subjektive Ideologien gehören, dienen als handlungsprägende kognitive Filter, während die Institutionen für die Akteure externe Handlungsbeschränkungen darstellen. Somit dienen kulturell verankerte Wertvorstellungen als Regelmechanismen für individuelles wie auch kollektives Handeln (*North 2005*, S. 48–50). Institutioneller Wandel folgt als pfadabhängiger, inkrementeller Prozess aus dem Wettbewerb von Organisationen um knappe Ressourcen. Wissen und Lernen dienen hierbei als Wettbewerbsfaktoren, deren Ausrichtung von der umge-

henden institutionellen Matrix geprägt wird, wodurch sich kontextspezifische Wertvorstellungen etablieren (*North 2005*, S. 59). Die in diesen Formulierungen anklingenden Bezüge zu Hayeks Theorie der kulturellen Evolution sind offensichtlich, wobei sich North durch die Betonung organisierten, absichtsvollen Handelns von Hayeks Konzept der nicht-intendierten, spontanen Ordnung absetzen will (*North 2005*, S. 51–52). Allerdings zeigen sich die Grenzen der bewussten Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungspfade nicht nur anhand der gescheiterten sozialistischen Planwirtschaften, sondern aktuell auch hinsichtlich der Problematik institutioneller Reformmaßnahmen in traditionellen Gesellschaften, in denen die Kongruenz von formellen Regeln und informellen Normen nicht vorausgesetzt werden kann (*North 2005*, S. 161).

Historisch betrachtet gilt der Übergang vom persönlichen zum unpersönlichen Gütertausch als fundamentale Hürde wirtschaftlicher Entwicklung, zusammen mit der Koordinierung spezialisierten dezentralen Wissens, der Einrichtung effizienter Anreizsysteme des Marktwettbewerbs und administrativ leistungsfähiger, regelgebundener Staatstätigkeit als Voraussetzung einer adäquaten Ordnung (*North 2005*, S. 84). North greift seine früheren Arbeiten zur historischen Genese kapitalistischer Marktwirtschaften auf, wendet sie aber von einer eigentumsrechtlichen zu einer kulturtheoretisch angereicherten Argumentation, wenn er auf die langfristigen Entwicklungsdifferenzen zwischen einzelnen Ländern und Ländergruppen verweist und im Hinblick auf westeuropäische Entwicklungserfolge den Einfluss der Religion betont, der zusammen mit dem Wettbewerb politischer Einheiten als erklärende Variable dienen kann (*North 2005*, S. 42–43, 101). Diese an Webers Ausarbeitungen zur protestantischen Ethik erinnernde Position wird von North allerdings dahingehend präzisiert, dass er über Weber hinausgehend auf individuelle und kollektive Lernprozesse abstellt, durch welche sich auch jene Weltanschauungen und Glaubenssysteme verändern würden, die maßgeblich daran beteiligt sind, Informationen und Wissen zu filtern (*North 2005*, S. 135–137). Historisch betrachtet haben sich aus der mittelalterlichen europäischen Christenheit durch lokale Anpassungsprozesse spezifische markt-kompatible kulturelle Gerüste zunächst in den Niederlanden und England herausgebildet, während Spanien in Stagnation geriet (*North 2005*, S. 145). Sie haben sich damit als „Ordnungen mit offenem Zugang“ erwiesen, die unter anderem durch Organisationsfreiheit die Herausbildung komplexer Marktssysteme fördern. Die kulturellen Werthaltungen, die diesen Institutionenordnungen zugrunde liegen, bleiben von zentralem analytischem Interesse: „every society evolves in unique ways, so that a deep understanding of change must go beyond generalizations to a specific understanding of the cultural heritage of that particular society“ (*North/Wallis/Weingast 2009*, S. 271).

III. Zur Bewertung kultureller Argumente in Norths Theorie wirtschaftlicher Entwicklung

Um die Rolle kultureller Argumente in Norths Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung adäquat bewerten zu können, empfiehlt es sich, die Kernelemente seiner behavioristischen und kognitionstheoretischen Argumentation mit den in früheren Arbeiten betonten Argumenten zur an sozialen Interessen orientierten Konstruktion von Ideologien und Institutionen in Beziehung zu setzen. Ein von Oliver E. Williamson in die Diskussion eingeführtes Schema der unterschiedlichen Ebenen institutionenökonomischer Analyse lässt sich als Referenzfolie für diesen Vergleich nutzen. Williamson unterscheidet vier analytische Ebenen des institutionellen Wandels – differenziert in Abhängigkeit von dessen historischer Reichweite. Die erste Ebene bezeichnet Fragen der sozialen Einbettung von informellen Institutionen wie kulturellen Wertvorstellungen, die sich in evolutionären Prozessen über mehrere Jahrhunderte hinweg wandeln. Auf der zweiten Ebene sind formelle Institutionen wie rechtliche und politische Regeln und Regulierungen angesiedelt, die in kürzeren Zeiträumen, jedenfalls innerhalb eines Jahrhunderts, umgestaltet werden können. Diesen formellen und informellen Spielregeln steht auf der dritten Ebene die konkrete Governance-Struktur vertraglicher Vereinbarung in wirtschaftlichen und politischen Austauschprozessen gegenüber. Diese Institutionen können innerhalb weniger Jahre neuen Bedingungen angepasst werden. Schließlich verweist die vierte Analyseebene auf den kontinuierlichen Wandel von institutionellen Handlungsbewertungen im Rahmen einer marktbasiereten Ressourcenallokation, während die fünfte Ebene auf kognitive Prozesse der Willensbildung verweist, die innerhalb kürzester Zeit evolvieren (Williamson 2000, S. 596–600).

Mit Bezug auf dieses Schema bezeichnet die kognitive Wende in Norths Theorie wirtschaftlicher Entwicklung eine analytische Akzentverlagerung weg von der sozialen Konstruktion von Ideologien und formalen Institutionen als Mittel der Transaktionskostensparnis hin zur subjektiven, kognitiven Konstruktion von Ideologien auf der Grundlage individueller und kollektiver Erfahrungen in spezifischen sozialökologischen Umweltkontexten, die über kulturelle Muster vermittelt werden. Diese Akzentverschiebung erfolgt dann über eine Verlagerung des Erkenntnisinteresses von der zweiten Analyseebene formaler Institutionen hin zu den Wechselwirkungen zwischen der fünften Ebene kognitiver Prozesse und der ersten Ebene kultureller Repräsentationen. Anders ausgedrückt: die makro-orientierte Perspektive auf Ideologien als interessengeleitete Mechanismen zur Legitimation von Eigentumsrechten wird zunehmend durch eine mikro-orientierte Perspektive ersetzt, die sich auf subjektive Kognition und Lernprozesse im Rahmen der kulturellen Evolution ganzer Gesellschaften konzentriert. Insofern ließe sich vermuten,

dass die Northsche Umorientierung als Beitrag zu einer Stärkung kultureller Argumente in den Diskussionen der Institutionenökonomie insgesamt zu bewerten sei. Dieser Vermutung soll im Folgenden nachgegangen werden.

Zunächst lässt sich festhalten, dass Norths Beiträge zu einer historischen Theorie wirtschaftlicher Entwicklung von einer Transaktionskostenheorie ausgehen, die sich immer weiter von der weitgehend institutionenlosen neoklassischen Perspektive wie auch von eigentumsrechtlichen Vorstellungen der dezentralen Herausbildung effizienter Institutionen distanziert, um sich stattdessen immer weiter für Ideen des historischen und evolutorischen Institutionalismus zu öffnen (Ebner 2008, S. 292–295). Damit lassen sich Norths Arbeiten in einen prägnanten ideengeschichtlichen Zusammenhang einordnen. So ist Norths Diskussion der institutionellen Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung insbesondere auch mit Blick auf die Behandlung kultureller und ideologischer Aspekte mit früheren Beiträgen aus dem Umfeld der Deutschen Historischen Schule in Beziehung gesetzt worden – vor allem mit den Beiträgen Gustav Schmollers und seinem Ansatz einer auf ethisch-sittliche und rechtliche Dimensionen abstellenden, historisch vergleichenden Analyse wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse (Richter 1996, S. 579–580). Zudem ist wiederholt behauptet worden, dass Norths Versuch, das Konzept der Ideologie in den Transaktionskostenansatz zu integrieren, an ältere institutionalistische Beiträge zur Analyse der kulturellen Determinanten wirtschaftlichen Wandels anknüpfen würde (Rutherford 1995, S. 446–447). Dabei steht die Betonung kultureller Zusammenhänge bei North durchaus im Einklang mit jenen Forschungssträngen der Institutionenökonomie, die sich mit der Bedeutung kultureller Normen, Werte und Weltanschauungen für die Herausbildung der Organisationsformen von Unternehmen und Märkten befassen. An North anknüpfende Beiträge sind in diesem Zusammenhang etwa von Avner Greif vorgelegt worden, der zwischen individualistischen und kollektivistischen Gesellschaften unterscheidet, wobei er deren Glaubenssysteme als Ausgangspunkt ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik bei der Etablierung komplexer Marktmechanismen deutet (Greif 1994, S. 915–916). Insofern erscheint es grundsätzlich als legitim, Norths Öffnung für behavioristische und evolutorische Überlegungen als Beitrag zu einer theoretischen Endogenisierung institutionellen Wandels einzuordnen, die sich dezidiert auch um das Verständnis kultureller Zusammenhänge bemüht (Hodgson 1998, S. 185). Norths späte Arbeiten unterstreichen diese Positionierung, die sich dezidiert mit der kulturellen Evolution moderner Gesellschaften und den Bestimmungsgründen ihrer divergenten ökonomischen Leistungsfähigkeit befassen (Ebner 2005, S. 491).

Kritische Auseinandersetzungen mit Norths Theorie wirtschaftlicher Entwicklung gehen ebenfalls auf die Behandlung kultureller Fragen ein. Zunächst werden die Bezüge zum Modell beschränkt rationaler, aber dennoch

eigeninteressierter Akteure als Hürde für eine kulturelle Perspektive bewertet, die auf die historische Variabilität und damit auf die Kontextgebundenheit von Akteurslogiken abstellt, wie sie im Konzept der Ideologie als Mechanismus der subjektiven Verarbeitung von Wissen und Informationen in einem spezifischen kulturellen Kontext angelegt ist (Vandenberg 2002, S. 224). Als prominenter Ausgangspunkt dieser Kritiklinie dient der Vorwurf, Norths „kognitive Wende“ sei zwar kulturellen Aspekten verpflichtet, verbleibe aber letztlich doch auf dem Niveau des methodologischen Individualismus im Sinne einer individualistischen Konzeption von Kognition und Kultur gegenüber stärker holistischen Ansätzen der sozialen Konstruktion und Veränderbarkeit kultureller Muster – obwohl Norths Betonung intersubjektiver Kommunikation durch geteilte mentale Modelle durchaus in diese Richtung interpretierbar ist (Dequech 2002, S. 569–570). Die individualistische Fundierung der Handlungstheorie ist demnach ein bleibendes Charakteristikum von Norths Ansatz, das allen Phasen seiner Theoriebildung gemeinsam ist. Mit Bezügen zu historischen Kontexten und sozialen Zusammenhängen, die für eine kulturelle Analyse wirtschaftlicher Entwicklung unverzichtbar sind, scheint diese Position nur schwer vereinbar zu sein (Zouboulakis 2005, S. 140–141). Dies wird beispielsweise offenbar, wenn North ideologische Einflüsse für die Überwindung des Olsonschen Trittbrettfahrerproblems kollektiven Handelns anführt. Hier stellt sich die Frage, inwiefern Ideologie zu den strukturellen Eigenschaften einer Gesellschaft gehört, und in welchem Ausmaß sie soziales Handeln prägt. Ideologie ist zwischen sozialer Konstruktion und subjektiver Kognition angesiedelt, so dass sie grundsätzlich als Teil eines sozialen Prozesses aufgefasst werden kann, der im Hinblick auf die Rolle von strategischen Interessen weiter zu spezifizieren wäre. Eine wissenssoziologische Vertiefung dieser Frage müsste dann im Sinne Mertons die gesellschaftlichen Determinanten ideologischer Muster thematisieren – mit besonderer Berücksichtigung ihrer aus gesellschaftlichen Interessenkonflikten resultierenden, politisch vermittelten Gehalte (Fine/Milonakis 2003, S. 560–562).

Tatsächlich bleibt North weit hinter solchen Anforderungen zurück, wenn er im Gefolge seiner „kognitiven Wende“ wirtschaftliche Entwicklungspfade primär aus der Beziehung zwischen subjektiver Kognition und kulturellen Wertvorstellungen ableitet, ohne dabei ausreichend auf soziale Aggregate wie gesellschaftliche Interessengruppen und deren Dynamik kollektiven Handelns einzugehen. So wäre zu fragen, in welchem Ausmaß die historische Evolution von Institutionen und Ideologien primär lokale Erfahrungen und Lernprozesse abbildet, und wie in diesem Zusammenhang der Einfluss sozialer Konflikte um wirtschaftliche und politische Machtressourcen zu bewerten ist. An diesem Punkt ist noch einmal auf die Betonung der politischen Konstruktion von Eigentumsrechten im Interesse staatsnaher Eliten hinzu-

weisen, die North in seinen frühen transaktionskostentheoretischen Arbeiten betont hat. Dieses Thema tritt nach der „kognitiven Wende“ mit ihrer Akzentuierung der subjektiven Basis mentaler Modelle in den Hintergrund. Die analytischen Verkürzungen und Verluste, die sich aus dieser Akzentverschiebung ergeben, werden besonders deutlich, wenn North die Setzung von Regeln und Normen unmittelbar aus den individuellen Wertesystemen und Überzeugungen besonders einflussreicher Einzelpersonen ableitet, was quasi auf die Neuauflage einer exklusiv an den „großen Männern“ orientierten, antiquierten Geschichtsschreibung hinausläuft. So unterlegt North etwa seine Behauptung des Primats subjektiver Wert- und Glaubensvorstellungen für die Evolution wirtschaftlicher und politischer Systeme mit dem historischen Verweis auf die sowjetrussischen Industrialisierungsbemühungen in den 1920er Jahren – und mit der These, dass die historische Sequenz von Strategien und Neuorientierungen in diesem Industrialisierungsprozess unmittelbar auf die aus subjektiven Erfahrungen erwachsene Weltsicht bolschewistischer Leitfiguren wie Lenin, Trotzki und Stalin zurückzuführen sei (North 2005, S. 147). Angesichts der historisch sorgfältig dokumentierten Konfliktkonstellationen dieser Epoche sowjetischer Geschichte, die im Übrigen auch das intensiv umkämpfte Feld der Ideologien umfasst, bleibt solch eine Vorgehensweise analytisch defizitär.

Dabei sind in diversen, an North anschließenden Arbeiten zur Transaktionskostentheorie wirtschaftlicher Entwicklung durchaus Möglichkeiten aufgezeigt worden, wie sich der sozial konstruierte und umkämpfte Charakter von Institutionen und Ideologien als Ausdruck kultureller Evolution modellieren lässt. Ein maßgebliches Beispiel bietet Margaret Levis Ansatz zu einer Theorie „räuberischer Herrschaft“. Herrschende Staatseliten werden hier als räuberische Akteure dargestellt, die Eigentumsrechte im Interesse ihrer Wohlstandsmaximierung definieren und durchsetzen (Levi 1981, S. 438–440). Ideologie tritt als Modus der Normeninternalisierung auf, der die Selbstüberwachung der gesellschaftlichen Akteure formt und auf diese Weise dazu geeignet ist, Trittbrettfahren und andere Ausprägungen opportunistischen Verhaltens einzuschränken (Levi 1981, S. 457). Während diese Überlegungen noch nah an Norths älteren Positionen zum Thema der Ideologie als politischem Herrschaftsinstrument zur Gestaltung von Eigentumsrechten angelehnt sind, hat sich Levi in dieser Hinsicht um eine dezidiert dynamische Sichtweise bemüht, in der gleichermaßen auch die institutionelle Evolution von industriellen Produktionssystemen, ökonomischen Verteilungsmustern, und rechtlichen Verfassungsarrangements berücksichtigt wird – ergänzt von einem Ideologiebegriff, der explizit auf Ideologien als soziale Herrschaftsmechanismen abstellt (Levi 1981, S. 465). Der Zusammenhang von sozialen Machtasymmetrien, Verteilungskonflikten und institutionellen Regelungsmechanismen wird am deutlichsten von Jack Knight thematisiert,

der Institutionen als Ausdruck machtbezogener Aushandlungsprozesse um Handlungsbeschränkungen begreift (*Knight* 1992, S. 19). Ideologische Glaubenssysteme und Wertvorstellungen gehen aus diesen gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen hervor. Da sie in der Regel von den herrschenden Machtgruppen geprägt werden, dienen sie einer Stabilisierung von Erwartungen im Einklang mit den herrschenden Interessen (*Knight* 1992, S. 81–82). Für die institutionenökonomische Diskussion ist ein derart interessen- und konflikttheoretisch grundiertes Verständnis von Institutionen und Ideologien jüngst in den Arbeiten von Acemoglu und Robinson erschlossen worden. Aspekte sozialer und politischer Macht werden als zentrale Faktoren institutioneller Ordnungsformen herausgestellt, die wiederum wirtschaftliche Entwicklungsprozesse prägen (*Acemoglu/Robinson* 2012, S. 79–80).

In Ergänzung dieser Diskussion um den Zusammenhang von Interesse, Ideologie und Kultur werden auch Norths Argumente zum Konzept der Transaktionskosten als Bezugsgröße wirtschaftlicher Entwicklung unter dem normativen Gesichtspunkt institutioneller Effizienz als inkompatibel mit einer genuin historisch-kulturellen Perspektive angesehen. So wird im Rückgriff auf Schmolter und die Historische Schule darauf hingewiesen, dass Norths Transaktionskostentheorie konkrete historische Prozesse nicht aus ihrer kontextuellen Logik heraus erklären würde, sondern diesen Prozessen vielmehr eine überhistorische Metastruktur aus institutionellen Anreizen und Markteffizienz überstülpen würde. Eine tatsächlich auf die historische Bedingtheit kultureller Bestimmungsgründe wirtschaftlicher Entwicklung zielende historische Methode im Schmollerschen Sinne müsste ökonomische Prozesse hingegen kontextuell interpretieren; sie müsste also nach historischen Gesellschaftsformationen, politischen Bedingungen und kulturellen Musterungen differenzieren (*Priddat* 2015, S. 1). Diese Bezugnahme auf historisch variable Kontexte lässt sich weiter präzisieren. Im Kern geht es um die Berücksichtigung kultureller Wertvorstellungen und ihrer materiellen Repräsentation, wie sie in Norths Konzept des kulturellen Gerüsts abgebildet werden. Insofern hätte eine historisch sensibilisierte Theorie wirtschaftlicher Entwicklung nach der Genese und Evolution kulturell verdichteter Wertvorstellungen als Determinanten individueller und kollektiver Handlungslogiken zu fragen. In Norths späteren Arbeiten wird hinsichtlich dieser Fragestellung zunehmend von gesellschaftlichen Interessenkonflikten abstrahiert. Dagegen wäre eine Rückbindung von Weltanschauungen und Wertesystemen an soziale Gruppen und Interessen analytisch äußerst fruchtbar. Aktuelle Arbeiten wie Deirdre McCloskeys historisch angelegte Untersuchung zur Rolle „bourgeoiser Tugenden“ für die Genese marktwirtschaftlicher Systeme weisen in diese Richtung (*McCloskey* 2006, S. 68–69).

Die Berücksichtigung der sozialen Konstruktion von Ideologien und Kulturen erlaubt zudem den Anschluss institutionenökonomischer Positionen an gängige Diskussionen der Wirtschaftssoziologie, die davon ausgehen, dass individuelle und kollektive Wertvorstellungen im Prozess wirtschaftlicher Entwicklung von kulturellen Mustern sowie gesellschaftlichen Interessenkonstellationen getragen werden (*Beckert* 2014, S. 17). Dementsprechend hat die soziologische Rezeption von Norths Überlegungen zu den kognitiven Grundlagen kultureller Evolution darauf hingewiesen, dass auch die von North als Träger kultureller Transmission identifizierten Sozialisationsprozesse von sozialen Interessenkonflikten durchsetzt sind (*Schmid* 2009, S. 116–117). In dieselbe Richtung weist das Argument, dass Norths Ansatz die gruppenspezifische und politische Mobilisierungsfunktion von Ideologien unterbelichtet ließe (*Bluhm* 2009, S. 195). Letztlich greifen diese Kritikpunkte auf Max Webers originäre Darlegungen zum Zusammenhang von Ideen und Interessen zurück, in denen die ethischen Grundlagen wirtschaftlichen Handelns auf weltanschaulich-kulturelle Einflüsse wie auch auf soziale Interessen zurückgeführt werden – auch dies Themen, die in den Arbeiten der Historischen Schule begründet sind (*Swedberg* 2003, S. 59–60). Webers Methodologie rekurriert auf die Kategorie des Verstehens subjektiv gemeinter Sinnzusammenhänge, die für eine „deutende“ Kulturerkenntnis ausschlaggebend sind, insofern sie die historisch angelegte Kulturbedingtheit von Institutionen erfassen will (*Ebner* 2009, S. 127–128). Im Hinblick auf die Einordnung der kulturellen Komponenten von Norths Theorie wirtschaftlicher Entwicklung bietet sich dann an, seine in den frühen institutionenökonomischen Arbeiten artikulierten Ausführungen zur allgemeinen Logik von Transaktionskosten und Akteursrationalität in den Bereich einer „reinen Theorie“ zu verlagern, während die in späteren Arbeiten ausgeführten Überlegungen zu „kulturellen Gerüsten“ als Gegenstand einer geschichtlich-anschaulichen Theorie dienen könnten, die einer raum- und zeitabhängigen Analyse der kulturellen Spezifität wirtschaftlicher Entwicklung zuzuordnen wäre (*Scheffold* 1992, S. 310–311).

IV. Fazit

Douglass North hat seine interessenorientierte Sichtweise auf kulturell gerahmte institutionelle Interdependenzen zwischen politischen und wirtschaftlichen Systemen im Laufe der 1980er Jahre um eine kognitive Perspektive in der Mikrofundierung individuellen Akteurshandelns erweitert, und dabei sukzessive seinen Begriff sozial konstruierter, interessengeleiteter Ideologie durch ein behavioristisch fundiertes Konzept subjektiver Kognition, mentaler Modelle und kultureller Evolution ersetzt. Die entsprechenden „kulturellen Gerüste“ werden letztlich dafür verantwortlich gemacht, ob ein-

zelen Volkswirtschaften die adaptiv effiziente Bewältigung wirtschaftlicher Entwicklung gelingt. Eine ideengeschichtliche Einordnung dieser Neuakzentuierung der Northschen Theorie wirtschaftlicher Entwicklung kommt zu dem Schluss, dass Norths „kognitive Wende“ zwar eine Öffnung für kulturelle Motive eröffnet hat, dabei aber zugleich auch die weiterführenden analytischen Perspektiven verengt, da sie den Zugang zum Verständnis der interessen geleiteten Substanz von Institutionen, Ideologien und Kulturen erschwert. Auf dieser Grundlage lässt sich folgern, dass die Reintegration eines interessenorientierten Institutionen- und Kulturverständnisses für Norths Ansatz fruchtbar wäre, und zur Renaissance kultureller Perspektiven in der Institutionenökonomik beitragen könnte – sie würde den Anschluss an kultursensible Theorielinien ermöglichen, die in der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Tradition vor allem mit der Deutschen Historischen Schule und Max Webers verstehender Soziologie in Verbindung gebracht werden. Auch mit wirtschaftsanthropologischen Vorstellungen in der Tradition Karl Polanyis sind diese Perspektiven verknüpfbar, indem sie wirtschaftliche Entwicklung als historischen Prozess begreifen, der von den Ideen und Interessen der beteiligten Akteure getragen wird (Ebner 2015, S. 369–370).

Literatur

- Acemoglu, Daron/Robinson, James A.* (2012), *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity and Poverty*, London: Profile Books.
- Beckert, Jens* (2014), *Capitalist Dynamics: Fictional Expectations and the Openness of the Future*, MPIfG Discussion Paper 14/7, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Bluhm, Harald* (2009), *Ideologien und kein Ende*, in Pies, Ingo und Leschke, Martin (Hg.), *Douglass Norths ökonomische Theorie der Geschichte*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 188–196.
- Denzau, Arthur T./North, Douglass C.* (1994), *Shared Mental Models: Ideologies and Institutions*, *Kyklos*, Bd. 47, Nr. 1, S. 3–31.
- Dequech, David* (2002), *The Demarcation between the „Old“ and the „New“ Institutional Economics: Recent Complications*, *Journal of Economic Issues*, Bd. XXXVI, Nr. 2, S. 565–572.
- Ebner, Alexander* (2005), *Rezension zu North, Douglass C.: Understanding the Process of Economic Change*, Princeton: Princeton University Press, 2005, *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 46, Nr. 3, S. 489–491.
- Ebner, Alexander* (2008), *Institutional Evolution and the Political Economy of Governance*, in Ebner, Alexander und Beck, Nikolaus (Hg.), *The Institutions of the Market: Organisations, Social Systems, and Governance*, Oxford and New York: Oxford University Press, S. 287–308.

- Ebner, Alexander* (2009), *Wirtschaftskulturforchung: Ein sozialökonomisches Forschungsprogramm*, in Caspari, Volker (Hg.) *Theorie und Geschichte der Wirtschaft: Festschrift für Bertram Schefold*, Marburg: Metropolis, S. 121–146.
- Ebner, Alexander* (2015), *Marketization: Theoretical Reflections Building on the Perspectives of Polanyi and Habermas*, *Review of Political Economy*, Bd. 27, Nr. 3, S. 369–389.
- Fine, Ben/Milonakis, Dimitris* (2003), *From Principle of Pricing to Pricing of Principle: Rationality and Irrationality in the Economic History of Douglass North*, *Comparative Studies in Society and History*, Bd. 45, Nr. 3, S. 546–570.
- Greif, Avner* (1994), *Cultural Beliefs and the Organization of Society: A Historical and Theoretical Reflection on Collectivist and Individualist Societies*, *Journal of Political Economy*, Bd. 102, Nr. 5, S. 912–950.
- Hodgson, Geoffrey M.* (1998), *The Approach of Institutional Economics*, *Journal of Economic Literature*, Bd. XXXVI, Nr. 1, S. 166–192.
- Knight, Jack* (1992), *Institutions and Social Conflict*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kuhn, Thomas S.* (1970), *The Structure of Scientific Revolutions*, 2. erw. Aufl., Chicago: University of Chicago Press.
- Levi, Margaret* (1981), *The Predatory Theory of Rule, Politics and Society*, Bd. 10, Nr. 4, S. 431–465.
- McCloskey, Deirdre* (2006), *The Bourgeois Virtues: Ethics for an Age of Commerce*, Chicago: Chicago University Press.
- Ménard, Claude/Shirley, Mary M.* (2014), *The Contribution of Douglass North to New Institutional Economics*, in Galiani, Sebastian und Sened, Itai (Hg.), *Institutions, Property Rights and Economic Growth: The Legacy of Douglass North*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 11–29.
- North, Douglass C.* (1981), *Structure and Change in Economic History*, New York/London: W. W. Norton.
- North, Douglass C.* (1990a), *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge: Cambridge University Press.
- North, Douglass, C.* (1990b), *A Transaction Cost Theory of Politics*, *Journal of Theoretical Politics*, Bd. 2, Nr. 4, S. 355–367.
- North, Douglass C.* (1993), *Institutions and Credible Commitment*, *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Bd. 149, Nr. 1, S. 11–23.
- North, Douglass C.* (1994), *The Historical Evolution of Polities*, *International Review of Law and Economics*, Bd. 14, Nr. 4, S. 381–391.
- North, Douglass C.* (2005), *Understanding the Process of Economic Change*, Princeton und Oxford: Princeton University Press.
- North, Douglass, C./Thomas, Robert P.* (1973), *The Rise of the Western World: A New Economic History*, Cambridge: Cambridge University Press.

- North, Douglass C./Wallis, John J./Weingast, Barry R.* (2009), *Violence and Social Orders: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*, Cambridge: Cambridge University Press.
- North, Douglass C./Weingast, Barry R.* (1989), *Constitutions and Commitment: The Evolution of Institutions Governing Public Choice in Seventeenth-Century England*, *Journal of Economic History*, Bd. XLIX, Nr. 4, S. 803–832.
- Priddat, Birger P.* (2015), *Taugt die Institutionenökonomie als moderne historische Methode? Zur Zeitstruktur von Institutionen*, Diskussionspapier Nr. 31/2015 der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Universität Witten/Herdecke.
- Richter, Rudolf* (1996), *Bridging Old and New Institutional Economics: Gustav Schmoller, the Leader of the Younger German Historical School, Seen with Neoinstitutionalists' Eyes*, *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Bd. 152, Nr. 4, S. 569–592.
- Rutherford, Malcolm* (1995), *The Old and the New Institutionalism: Can Bridges Be Built?*, *Journal of Economic Issues*, Bd. XXIX, Nr. 2, S. 443–451.
- Schefold, Bertram* (1992), *Nationalökonomie als Geisteswissenschaft – Edgar Salins Konzept einer anschaulichen Theorie*, *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd. 18, Nr. 4, S. 303–324.
- Schmid, Michael* (2009), *Douglass C. North und die Institutionenökonomik informeller Regeln*, in Pies, Ingo und Leschke, Martin (Hg.), *Douglass Norths ökonomische Theorie der Geschichte*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 93–135.
- Simon, Herbert* (1986), *Rationality in Psychology and Economics*, *Journal of Business*, Supplement: *The Behavioural Foundations of Economic Theory*, Bd. 59, S. S209–S224.
- Swedberg, Richard* (2003), *Principles of Economic Sociology*, Princeton: Princeton University Press.
- Vandenberg, Paul* (2002), *North's Institutionalism and the Prospects of Combining Theoretical Approaches*, *Cambridge Journal of Economics*, Bd. 26, Nr. 2, S. 217–235.
- Williamson, Oliver E.* (2000), *The New Institutional Economics: Taking Stock, Looking Ahead*, *Journal of Economic Literature*, Bd. 38, Nr. 3, S. 595–613.
- Zouboulakis, Michel* (2005), *On the Evolutionary Character of North's Idea of Institutional Change*, *Journal of Institutional Economics*, Bd. 1, Nr. 2, S. 139–153.